



# Interviews

**Datum: 26. September 2022**

**Omid Nouripour, Grünen-Bundesvorsitzender, im Gespräch mit Jasper Barenberg**

**Jasper Barenberg:** Zu horrenden Preisen füllen sie gerade Flugzeuge in die Türkei, nach Armenien oder nach Serbien. Sie warten in kilometerlangen Schlangen an der Grenze nach Georgien oder nach Kasachstan – Russen im wehrfähigen Alter, die sich vor Putins Teilmobilisierung ins Ausland absetzen wollen. In Chat-Gruppen wird berichtet, wie Männer ohne Vorwarnung abtransportiert werden, an ihrem Arbeitsplatz oder auch zuhause. Und in den sozialen Netzwerken kursieren Videos von Protesten in Moskau oder in St. Petersburg, wo Demonstrierende in Transporter verfrachtet werden oder von vermummten Sicherheitskräften mit Schlagstöcken verprügelt. Wer sich jetzt dem Militärdienst in Russland entzieht, der hat unsere Hilfe verdient – diese Forderung kommt jetzt aus vielen Parteien. Es gibt aber auch Warnungen und Widerstand insbesondere in den baltischen Staaten.

Vor einer halben Stunde hatte ich Gelegenheit, darüber mit dem Grünen-Vorsitzenden Omid Nouripour zu sprechen.

**Omid Nouripour:** Schönen guten Morgen.

**Barenberg:** Meine erste Frage, Herr Nouripour. Haben alle, die in Russland vor der Einberufung gerade fliehen, Anspruch auf unseren Schutz?

**Nouripour:** Nein, haben sie nicht.

**Barenberg:** Wer hat Anspruch?

**Nouripour:** Wer politisch verfolgt ist, wer verfolgt wird deswegen, weil er sich entzieht, weil er sich aus politischen Gründen tatsächlich auch entziehen möchte, hat einen Anspruch, einen Asylantrag zu stellen, der dann geprüft wird.

**Barenberg:** Wenn Justizminister Marco Buschmann getwittert hat, wer Putins Weg hasst und die liberale Demokratie liebt, ist herzlich willkommen, dann geht Ihnen das zu weit, weil es im Prinzip so wirkt, als würde er alle einladen?

**Nouripour:** Buschmann hat dasselbe gesagt wie ich. Ich habe es ein bisschen formeller formuliert, er hat das ein bisschen mehr in Umgangssprache formuliert. Ich sehe keinen Unterschied. Was oben draufkommt in dieser speziellen Situation – und da sind sich auch alle einig in der Koalition -, dass gerade diejenigen, die aus Russland kommen, ohne dass wir einen Generalverdacht auszusprechen brauchen, alle einer Sicherheitsüberprüfung sich unterwerfen müssen. Weil es notwendig ist zu sehen, ob da Trittbrettfahrer dabei sind, ob da Leute reingeschleust werden vom russischen System und vieles andere mehr.

**Barenberg:** Sie sehen auch die Gefahr, wenn man jetzt allzu großzügig agiert, dass man dann riskiert, dass durchaus auch, sagen wir, FSB-Schläfer oder Spione aus Russland hier eingeschleust werden können?

**Nouripour:** Das ist nicht etwas, was ich befürchte. Das ist eine gängige Praxis gewesen in anderen Zusammenhängen, die wir aber laufend in diesem Land gesehen haben in den letzten Jahren. Bis hin, dass Leute von diesem Schlag mitten in Berlin im Tiergarten Leute ermordet haben. Deshalb ist es richtig, den Leuten beizustehen, aber man muss da sehr aufpassen.

**Barenberg:** Es sind vor allem die baltischen Staaten, die eine eher restriktive Haltung jetzt einfordern und da große Bedenken geltend machen. Jetzt muss das Ganze in Brüssel besprochen werden mit Blick auf eine europäische Lösung. Wie soll die denn aussehen?

**Nouripour:** Das ist mehr als verständlich von deren Seite aus. Ich habe da keine Kritik an die baltischen Staaten auszusprechen. Die sind da sehr, sehr genau mit diesem Thema befasst gewesen, und zwar sehr lange sehr viele Versuche der Infiltration durch den FSB, und dementsprechend muss man das sehr ernst nehmen. In Brüssel wird es eine Entscheidung geben. Ich weiß nicht, wie sie aussehen wird. Sie werden sich zusammensetzen und überlegen und dann gilt es, dass man eine Balance findet zwischen all den Vorbehalten, über die wir gerade gesprochen haben, auf der einen Seite. Und natürlich Empathie mit denjenigen, die sich jetzt dem Krieg nicht unterwerfen wollen und die sich jetzt entziehen und die dementsprechend auch sehr klar und deutlich machen, dass sie kein Vertrauen haben in das System Putin.

**Barenberg:** Ich würde das Ganze noch mal ein bisschen praktisch mit Ihnen besprechen wollen, wie Sie sich das vorstellen. Wenn jetzt jemand bei uns anklopft – das ist ja nicht ganz leicht für Russen im Moment - aber wenn das gelingen sollte, wie sollen dann die Beweggründe, die Motive und die Hintergründe, wie soll das alles aufgeklärt werden?

**Nouripour:** Auf der einen Seite ist es so – und das ist bei jedem Asylverfahren so -, da werden in Interviews die Motive beleuchtet. Das ist immer so. Gleichzeitig kann und, finde ich, sollte es auch eine Regelabfrage geben bei den Diensten, ob irgendwelche Erkenntnisse vorliegen über irgendwelche Aktivitäten dieser Leute, was sie denn bisher getan haben, ob man weiß, dass sie beispielsweise beim FSB oder beim KGB arbeiten. Da gibt es ja altbewährte Methoden, um sich das anzuschauen. Diese Regelanfragen gab es bei den Menschen aus der Ukraine in der Form in Deutschland nicht. Dafür gab es gute Gründe. Im Falle von den Russen, die, die kommen, ist das natürlich anders.

**Barenberg:** Um ein Beispiel zu nennen: Sollte so eine Person einen Einbestellungsbefehl aus Russland vorlegen müssen, um hier überhaupt für so etwas wie politisches Asyl in Frage zu kommen? Mit anderen Worten: Allein die Sorge, dass diese Einberufung passieren könnte, würde Ihnen als Grund jetzt nicht ausreichen, hier Asyl zu beantragen und auch gewährt zu bekommen?

**Nouripour:** Das ist schon eine Triebkraft für einen solchen Asylantrag und das muss man auch sehr ernst nehmen. Ich würde dementsprechend das sehr ernst nehmen wollen, aber gleichzeitig ist es so, dass man auch unsere Sicherheitsbedenken nicht bei Seite wischen kann. Es ist am Ende des Tages auch jenseits des individuellen Rechts auf Asyl, was grundgesetzlich geschützt ist, natürlich auch notwendig zu sehen, wenn wir es schaffen, diesen Leuten Schutz zu geben, und zwar denjenigen, die nicht geschickt worden sind vom Kreml, dass das eine Schwächung der Putin'schen Seite ist, und dementsprechend muss man da unbürokratisch und großzügig, aber doch sehr, sehr vorsichtig damit umgehen.

**Barenberg:** Es gibt ja auch den Vorschlag, in größerem Umfang humanitäre Visa auszustellen, etwas, was bisher beschränkt ist insbesondere auf gefährdete Dissidentinnen oder Dissidenten, besonders gefährdete Journalisten et cetera. Da gab es etwas mehr als 400 Fälle insgesamt seit Kriegsbeginn. Was halten Sie von diesem Vorschlag, da großzügiger zu sein und mehr solcher humanitären Visa auszustellen?

**Nouripour:** Ich finde das grundsätzlich einen sehr guten Vorschlag und ich wünschte mir, dass diejenigen, die es bisher geschafft haben, hierherzukommen – und das sind ja teilweise

Dissidentinnen und Dissidenten, die man sehr gut kennt, Leute, mit denen wir gerade im Menschenrechtsbereich seit Jahren zusammenarbeiten -, dass die auch einen gefestigten Aufenthaltsstatus in Deutschland bekommen. Das ist derzeit nicht bei allen der Fall und das ist misslich.

**Barenberg:** Aber ich rede jetzt von russischen Männern, die ein humanitäres Visum beantragen würden.

**Nouripour:** Ich habe verstanden, Sie reden über die Dissidenten und nicht über die Deserteure. Ein humanitäres Visum auszustellen für diejenigen, die sich jetzt dem Kriegsdienst verweigern, ist eine Idee von vielen. Man kann sie gerne erörtern. Ich glaube, dass die Priorität sehr zwiebelartig in erster Linie im Kern bei denjenigen sein muss, die Dissidenten sind. Bei den Deserteuren ist am Ende des Tages zu prüfen, ob ein humanitäres Visum richtig ist, aber der Asylweg ist immer offen.

**Barenberg:** Pro Asyl spricht in diesem Zusammenhang von einer Scheindebatte, weil es überhaupt kaum Möglichkeiten für Russen gibt, nach Deutschland zu gelangen. Dazu kommt die Forderung, solche Wege zu eröffnen. Sind Sie dafür?

**Nouripour:** Ich würde gerne darüber reden, welche Wege zu eröffnen sind und wie das konkret gehen soll. Im Kern ja, das ist richtig, was Pro Asyl sagt, aber sollen wir jetzt Flieger nach St. Petersburg schicken? Ich glaube, das ist nicht die Variante, und deshalb muss man sich anschauen, wie es konkret gehen kann. Bisher ist es ja so, dass die Leute über Baku oder Istanbul rausfliegen und dann über Umwege nach Deutschland kommen. Andere direkte Wege, da wäre ich sehr, sehr dankbar für einen konkreten Vorschlag.

**Barenberg:** Machen wir an der Stelle einen Punkt, Omid Nouripour, und sprechen noch über die erhitzte Debatte um die Gasumlage, die an diesem Wochenende weitergegangen ist und an einem Punkt angekommen ist, wo jetzt selbst aus der Ampel die Signale zu erkennen sind, dass daraus eigentlich nichts mehr werden kann. Ist die Gasumlage so gut wie tot?

**Nouripour:** Wenn Uniper verstaatlicht wird – und Uniper ist nicht der einzige, aber einer der zentralen Gründe -, dann stellt sich natürlich die Frage, wofür man die Umlage noch braucht, weil eine Rettung eines Unternehmens und dann noch Erheben von Umlagen heißt ja, dass der Staat staatseigene Unternehmen dann mit der Umlage finanziert. Gleichzeitig sind wir

jetzt in diesen sehr, sehr dynamischen Zeiten ja immer darauf angewiesen, auf Sicht zu fliegen, und wir sehen ja, wie dynamisch die Lage sich gerade weiterentwickelt hat. Wir sind relativ wenige Tage davor, bis die Umlage eingerichtet und eingeführt ist. Die Stadtwerke haben ihre Briefe bereits geschrieben. Man wird das nicht von heute auf morgen ad acta legen können. Aber gerade Robert Habeck arbeitet mit Hochdruck daran, so schnell wie möglich eine Lösung zu finden, und wenn die Umlage nicht kommt, dann ist das ein Schritt nach vorne. Aber, egal was die Alternativen sind – und die Alternativen sind ja deswegen da, weil die Gaseinkäufer gerettet werden müssen, damit das Gassystem nicht kollabiert; das kostet Geld und dafür müsste der Finanzminister dann Geld auf den Tisch legen, damit wir dieses Geld auch in die Hand nehmen können, sei es für einen Gaspreisdeckel, sei es für andere steuerfinanzierte Maßnahmen.

**Barenberg:** Saskia Esken hat am Wochenende gesagt, sie sieht es so, dass das Ende der Gasumlage noch in dieser Woche kommt. Da sind Sie nicht an ihrer Seite?

**Nouripour:** Ich glaube, dass die politische Entscheidung schnell getroffen werden kann. Wenn die SPD das diese Woche besprechen will, dann gerne. Wir sind immer gesprächsbereit zu allem. Dass das technisch jetzt in dieser Woche noch erledigt wird und dass die Umlage gar nicht mehr kommt, da würde ich gerne noch einfach mal von den Abläufen her drei Fragezeichen dahinter machen.

**Barenberg:** Wenn man einen Strich darunter macht: Umstritten war die Gasumlage von Anfang an. Jetzt dieses ewige Hin und Her. Ist das ein deutliches Zeichen für einfach schlechtes Management in der Ampel-Koalition?

**Nouripour:** Erstens haben sich alle zusammengesetzt und sich diese Umlage überlegt. Der Kanzler hat sie dann vorgestellt, Christian Lindner fand die richtig, Robert Habeck ist der federführende Minister. Niemand kann sich da jetzt hinter dem anderen verstecken. Das macht auch niemand.

Zweitens ist die Lage extrem dynamisch. Als die Umlage beschlossen worden ist, waren die Gaspreise so dermaßen nach oben und unten ausschlagend, dass man nicht wusste, wie viele und wie groß die Löcher sind, die da jetzt gerissen werden, und dementsprechend kam eine Steuerfinanzierung zu dem Augenblick noch überhaupt gar nicht in Frage.

Jetzt sind wir weiter. Jetzt ist es auch klar, dass beispielsweise RWE sagt, wir nehmen die Umlage nicht in Anspruch. Jetzt ist deutlich klarer, dass einige Unternehmen die Umlage nicht brauchen, und es ist in diesen Zeiten nicht unbedingt so, dass man zwingend alles auf dem Tisch hat, wenn man entscheidet. Aber Robert Habeck muss schnell entscheiden und

er hat auch die Souveränität, gegebenenfalls schnell zu korrigieren und nachzujustieren. Das ist ein Schritt nach vorne. Man sieht es im Übrigen genauso auch bei der Frage von den Gasspeichern. Das ist nicht so gewesen, dass man jetzt mit einem Lineal eine Lösung an die Wand gemalt hat. Aber jetzt haben wir eine und über 90 Prozent Füllbestand.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*